

Laibacher Zeitung.



Nr. 73. Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 6.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 31. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: einmal 60 kr., zweimal 90 kr., drittmal 1.20; sonst je Zeile 1m. 60 kr., 2m. 90 kr., 3m. 1.20 kr. u. s. w. Insertionsstempel je Zeile 20 kr.

1873.

Mit 1. April

beginnt ein neues Abonnement auf die

„Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende April 1873:

Im Comptoir offen	fl. 92 fr.
Im Comptoir unter Couvert	1 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt	1 " — "
Mit Post unter Schleifen	1 " 25 "
Für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni:	
Im Comptoir offen	2 fl. 76 fr.
Im Comptoir unter Couvert	3 " — "
Für Laibach ins Haus zugestellt	3 " — "
Mit Post unter Schleifen	3 " 75 "

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. März d. J. dem Vorstande des Rechnungsbureau's für das Reichsfinanzministerium und die Reichscentralkasse, Oberfinanzrath Joseph Ritter Holzer v. Peintzmar die Truchsesswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Ludwig Bösendorfer und Friedrich Ehrbar die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Wiener Klavierfabrik-Actiengesellschaft“ (vormals Bösendorfer und Ehrbar) mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Dr. Moriz Weitlof, Franz de Paula Schürer und Konrad Zschokke die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Niederösterreichische Steingewerkschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat die an der k. k. Studienbibliothek in Klagenfurt erledigte Scripторstelle dem Amanuensis an der k. k. Universitätsbibliothek in Graz Mathias Klammer verliehen.

Heute wird in deutschem und zugleich slovenischem Texte ausgegeben und versendet:

Landesgesetzblatt für das Herzogthum Krain. Jahrgang 1873. V. Stück.

Inhalts-Übersicht:

Nr. 8.

Gesetz vom 5. März 1873, wirksam für das Herzogthum Krain, betreffend die Herstellung und Erhaltung der öffentlichen nicht-kirchlichen Straßen und Wege.

Laibach, am 31. März 1873.
Vom k. k. Redactions-Bureau des Landesgesetzblattes für das Herzogthum Krain.

Nichtamtlicher Theil.

Die Wahlreformgesetze

haben ihre parlamentarische Feuerprobe gut bestanden; auch das Herrenhaus des österreichischen Reichsrathes hat die Wahlreform mit ansehnlicher Majorität angenommen. Die verfassungseindliche Partei gewonnen haben, daß sie auch in den Räumen unseres Herrenhauses nichts mehr zu suchen habe, für ihre Serparatzwecke durchaus nichts finden werde, denn im österreichischen Herrenhause sitzen nicht nur die Ritter von Geblüt, sondern auch die Ritter vom Geist.

Die öffentlichen Blätter beilen sich, dem Herrenhause die vollste wohlverdiente Anerkennung für die vornehm Worten auszudrücken.

Die „Presse“ sagt: „Die Debatte und das Vorgehen des Herrenhauses haben also reichlich das Ihrige um die Gründung einer Stammes- und Parteiherrschaft, oder gar um Vollziehung einer radicalen Maßregel handle, zu ersticken. Die Thronrede selber hat die Wahlreform als eine „Verkörperung des österreichischen Ge-

bankens“ bezeichnet. Die Blütze der Aristokratie hat durch ihre heutige Abstimmung bestätigt, daß auch sie in der Einführung irester Wahlen den „erhaltenden österreichischen Gedanken“ also eine, gleich jedem organischen Fortschritte emine conservative Action erblickt, um uns der Worte von Lassens zu bedienen. Wie sollte es da nur denkbar sein, daß nach solchen Kundgebungen zugunsten der Wahlreform in beiden Häusern des Parlaments die Krone nochmals in ihren Entschlüssen wankend werden könnte. Wo es gilt, dem österreichischen Staatsgedanken Fleiß und Blut zu verleihen, sei es Rom, sei es feudalen und nationalen Frondeurs gegenüber, da gehen Abgeordneten- und Herrenhaus stets Hand in Hand mit einander vor. Wie aber auch die Zusammensetzung des neuen Parlaments dann ausfallen, welche Ueberraschungen es auch in seinem Schoße bergen mag, es wird wenigstens gegen die entwürdigende Kinderkrankheit, die allen Glauben an das Reich und dessen Verfassung ruinierte, gefeit sei, daß eine präpotente Junker- und Jesuiten-Coterie die Sistierung des Reichsraths verlangen darf, um Ausgleicherei mit irgend einer interessanten Nationalität zu treiben.“

Die „Deutsche Ztg.“ schreibt: „Das Herrenhaus hat die Wahlreform-Gesetze mit einer imposanten Majorität — mit 88 gegen 12 Stimmen — zum Beschlusse erhoben; in überraschend kurzer Zeit haben diese hochwichtigen Gesetze den Weg der parlamentarischen Verathung zurückgelegt und sehen nun der Genehmigung durch den Monarchen entgegen, um, in Wirksamkeit tretend, eine neue Aera des Verfassungslebens in Oesterreich zu eröffnen. Kein Zweifel wird in der Verfassungspartei darüber rege, daß ihre Hoffnungen noch in der zwölften Stunde zerstört werden könnten, daß der von den Feudalen und Declaranten angekündigte „Generalsturm“ von Einfluß sein könnte auf die Einlösung des kaiserlichen Wortes, welches in der Thronrede vom 28. Dezember 1871 die Zusage zur Wahlreform erteilte. Allein sehnsüchtig harret die deutsche Partei doch des Augenblicks, wo die kaiserliche Unterschrift das Gesetzeswerk perfect und jedes freile Streben zunichte macht. Und dieser heiße Wunsch nach baldiger Sanctionierung der Wahlreform hat seine volle Berechtigung, denn groß und zahlreich genug waren die Opfer, mit denen diese Gesetze erkauft wurden, und wir würden es beklagen, wenn die sogenannte coulante Behandlung des Armeebudgets auch diesmal mit der Frage der Wahlreform in irgend einen Zusammenhang gebracht würde.“

Das „Freundenblatt“ betont: „Die Annahme der Wahlreform durch das Herrenhaus bildet unstreitig das wichtigste Ereignis, wenn es auch schon nahezu mit voller Gewissheit zu erwarten stand. Froh darf man sein, daß diese Angelegenheit endlich zum Abschlusse gelangte, und das Herrenhaus hat sich durch die entschiedene Behandlung der Vorlage und durch den Eifer, mit welchem alle verfassungstreuen Pairs zur Sitzung herbeieilten, Dank und Anerkennung verdient und neuerdings bewiesen, daß es Verständnis für die wahren Interessen Oesterreichs besitze.“

Das „N. Fremdenblatt“ läßt sich vernehmen, wie folgt: „Das Herrenhaus hat durch die Annahme der Wahlreform den Schlussstein gelegt zu dem Werke, das die Reconstitution Oesterreichs auf parlamentarischer Basis zu vollbringen berufen ist. Wir waren wohl keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß das Herrenhaus, getreu seinem Verufe und den seit Jahren gehegten Traditionen, den directen Wahlen seine Zustimmung erteilen werde, gleichwohl sind wir überrascht, freudig überrascht von der großen Majorität, die heute zugunsten des Reformwerkes zum Ausdruck kam. Wenn eine Versammlung, die jeden Schritt nach vorwärts mit ängstlichem Bedacht abzumessen pflegt, frei und ohne Zögern einer Reformvorlage zustimmt, dann werden wohl auch endlich jene Kreise zur Ruhe kommen, in deren Augen man die Wahlreform consequent als eine radicale, ja sogar revolutionäre Institution zu verächtlichen suchte. Man nenne uns die Versammlung, in der so viel geistiges Kapital, so viel wissenschaftliche Bildung und Erfahrung, so viel Einsicht und Klugheit, so viel Verständnis und weises Urtheil zu finden wäre als im österreichischen Herrenhause. Die besten Namen Oesterreichs, die glänzendsten Repräsentanten seines geistigen Strebens sind hier beisammen, und was hier beschlossen, was hier gutgeheißen wird, darf wohl zumindest das für sich in Anspruch nehmen, daß es nicht ohne sorgfältige Prüfung, nicht ohne weisliche Ueberlegung beschlossen und gutgeheißen wird. Im Abgeordnetenhause mag wohl Leidenschaftlichkeit und Parteigeist manchmal zu extremen Beschlüssen verleiten; das Herrenhaus ist davor bewahrt.

Die Wissenschaft und das Alter, die dort regieren, sind die Feinde der Ueberstürzung. Die Wissenschaft ist vorurtheilslos und gerecht; das Alter ist zögernd und vorsichtig. Das Urtheil dieses Herrenhauses erscheint uns darum von solchem Werthe, daß, wären wir von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Wahlreform minder überzeugt, als wir es thatsächlich sind, wir es nach der heutigen Sitzung geworden wären. Die Zustimmung von achtundachtzig Herrenhausmitgliedern ist auch ein Argument, und keines von den schlechtesten.“

Die neue ungarische Bank.

Der vom k. ungarischen Finanzminister im ungar. Abgeordnetenhause eingebrachte Gesetzentwurf betreffs der zu gewährenden Vergünstigungen für die unter dem Titel „Magyar leszámitoló és kereskedelmi bank“ (Ungarische Escompte- und Handelsbank) in Budapest zu errichtende Actiengesellschaft lautet:

§ 1. Die Regierung wird ermächtigt, die Errichtung eines zur Förderung des vaterländischen Gewerbes und Handels zu gründenden, zugleich mit den bei der ordentlichen Staatskassengebarung vorkommenden Bankgeschäften zu betrauenden und nur mit einem diesem Zwecke entsprechenden Geschäftskreis zu bekleidenden Geldinstitutes unter den folgenden Modalitäten zu concessionieren.

§ 2. Die Actien des Institutes lauten au porteur.

§ 3. Zu Einer Stimme in der Generalversammlung berechtigt der Besitz von hundert Stück Actien. Doch kann kein Actionär mehr als fünfzig Stimmen besitzen, sei es im eigenen Namen oder auf Grund von Bevollmächtigungen.

§ 4. Das Institut kann bis zur Höhe des eingezahlten Stammkapitals und durch in seinem Besitze befindliche Wechsel, Wertpapiere aller Art, Bargeld oder Metall gedeckt, au porteur, a vista, auf nicht weniger als 50 fl. lautende verzinsliche Kassenanweisungen emittieren.

Die Regierung wird ermächtigt, die Kassenanweisungen auf Ansuchen der Bank und zulasten derselben unter den vorher zu bestimmenden Bedingungen und Modalitäten bei den zu diesem Zwecke zu bezeichnenden Staatskassen auf Wunsch der Vorzeiger in Bargeld umzuwechseln zu lassen.

§ 5. Die im § 4 erwähnten, auf Sicht lautenden so wie nicht minder die bis zur Höhe des doppelten Betrags des von der Anstalt eingezahlten Stammkapitals, auf Grund fremder, gegen eine im früheren Paragraphen erwähnte Deckung in den Contocorrent übernommenen Gelder emittierbaren, auf Namen oder Vorzeiger und gleichfalls über keinen kleineren Betrag als 50 fl. lautenden, an eine gewisse Verfalls- oder bestimmte Kündigungzeit gebundenen verzinslichen Kassencheine sind gerichtlich nicht amortisierbar.

§ 6. Die Anstalt ist nicht verpflichtet, die von ihr emittierten verzinslichen Kassenanweisungen und Scheine, sofern diese vom Ablauf des für ihre Einlösung anzuverbaurenden und öffentlich bekannt zu machenden Termines gerechnet binnen sechs Jahren nicht eingereicht werden, einzuwechseln oder in neue umzutauschen.

§ 7. Die den Credit- und Geldinstituten in Einkunft zu erteilenden Rechte und Vergünstigungen werden der in Rede stehenden Anstalt rücksichtlich aller ihrer Geschäftszweige zugesichert.

§ 8. Die aus der ordentlichen Kassenmanipulation des Staates herrührenden Ueberschüsse werden — unter den in den Statuten festzustellenden Bedingungen und gegen eine seitens der Anstalt in die Staatskasse zu deponierende volle Deckung — bei der Anstalt fruchtbringend angelegt werden.

§ 9. Das zuständige Gericht der Anstalt bezüglich aller von ihr oder gegen sie einzuleitenden Prozesse ist der budapester königl. Handels- und Wechselgerichtshof.

§ 10. Das Institut ist berechtigt, im Falle auf bei demselben erliegende fremde Werthe, Gelder und Forderungen geführter Sequestrationen die nach Deckung seiner eigenen Forderungen erübrigenden Werthe beim königlichen Handels- und Wechselgerichte Budapest zu deponieren oder aber für die Dauer der Sequestration bei sich zurückzubehalten.

§ 11. Dem Institute steht das Recht zu, aus Geldern, öffentlichen oder privaten Creditpapieren und sonstigen Wertheffekten, welche Schuldner derselben, oder andere für solche, behufs Sicherstellung der Anstalt bei derselben hinterlegt haben oder welche infolge von Geschäften, deren Betrieb statutenmäßig thunlich ist, in

ihren Besitz gekommen sind, — ihre Forderungen vor jedem andern Gläubiger und ohne richterliche Intervention zu befriedigen.

Daselbe wird ferner berechtigt sein, die börsenmäßig notierten Werthpapiere an der Börse zu verkaufen, bezüglich solcher Objecte aber, welche dem börsenmäßigen Verlehrs nicht unterliegen, bis zur Höhe seiner, durch ordnungsmäßig ausgestellte Buchauszüge nachgewiesenen Forderungen beim budapester königlichen Handels- und Wechselgerichte sofort die Anordnung der executionellen Versteigerung anzufuchen; das gedachte Gericht ist gehalten, dieselbe unter Ausschreibung eines einzigen Termines anzuordnen.

In der Ausübung dieser ihrer Rechte kann die Anstalt weder durch das Ableben ihres Gläubigers, noch auch durch Concursöffnung über dessen Vermögen behindert werden; doch ist das Institut verpflichtet, den nach Deckung seiner Forderung restierenden Ueberschuß an die Nachlaß-, beziehungsweise Concursmasse abzuführen.

§ 12. In all jenen Fällen, wenn das Institut seine Klage gegen seine Schuldner auf einen aus seinen Büchern genommenen Auszug gründet, bildet derselbe, wenn er mit der Unterschrift der Gesellschaft und dem Zusage versehen ist, daß es ein genauer Auszug aus den Büchern der Gesellschaft ist — und auch mit dem Siegel der Gesellschaft versehen wird, — ein Document mit vollständiger Beweiskraft, und auf Grund desselben kann, wenn der Bücherauszug gerichtlich oder durch einen öffentlichen Notar legalisirt wird, sofort um den Erlaß des richterlichen Zahlungsauftrages gebeten werden.

Wenn der Schuldner diesem Zahlungsauftrage binnen acht Tagen nicht nachkommt, so wird gegen ihn ohne jedes neue Gesuch auf Grund des Zahlungsauftrages die Execution vollstreckt.

Das Executionsverfahren wird bezüglich der Mobilien nach dem Wechselexecutionsverfahren, bezüglich der Immobilien aber nach dem 3. Abschnitt des 8. Titels vom G.-A. 1868, LIV, vollzogen.

§ 13. Die Fälschung oder Nachahmung der durch das Institut ausgestellten Documente werden gerade so bestraft wie die Fälschung oder Nachahmung der öffentlichen Documente.

§ 14. Mit der Durchführung dieses Gesetzes werden der Handelsminister, der Justizminister und der Finanzminister betraut.

Die ungarischen Blätter nehmen diesen Gesegentwurf bereits zur Vorlage kritischer Betrachtungen.

Der „P. Lloyd“ sagt: „Die ministerielle Motivierung zu dem Gesegentwurf über die ungarische Escompte- und Handelsbank führt im Eingange aus, daß die handels- und gewerbetreibenden Klassen Ungarns schon längst den Mangel eines größer angelegten und ausschließlich den Zwecken des Handels und der Industrie dienenden Geldinstitutes fühlen, weil unseren Handels- und industriellen Unternehmungen das nöthige Betriebskapital nicht in gehörigem Umfange zu Gebote steht und das verfügbare Kapital des Unternehmers in den meisten Fällen kaum zur Etablierung des Geschäftes genügt, während für die Beschaffung der zur Fortsetzung des Betriebes erforderlichen Geldmittel meistens ganz oder zum großen Theile der Creditweg in Aussicht genommen wird. Nun war aber Credit sehr oft nicht zu haben oder wurde gerade dann zurückgezogen, wenn die Unterstützung am nöthigsten gewesen wäre. So kam es, daß in den letzteren Jahren zahlreiche nützliche und zu den schönsten Hoffnungen berechtigende vaterländische Unternehmungen infolge des Mangels an Betriebskapital nach kurzem Bestande zugrunde gingen und gänzlich aufgegeben werden mußten.“

Die in neuerer Zeit errichteten, wenngleich zahlreichen Geldinstitute sind — so fährt die Motivierung fort, — da ihre Geldmittel größtentheils in Hypothekendarlehen oder in anderen, größeren Gewinn verheißenden, nicht rein bankmäßigen Unternehmungen engagiert sind, nicht fähig, diesem Uebel gründlich abzuheilen und den Handel und die Industrie durch Creditgewährung in entsprechendem Maße zu fördern.

Das ist nur ein derartiges, größeres Geldinstitut im Stande, dessen Thätigkeit schon statutenmäßig ausschließlich auf das eigentliche Bankgeschäft beschränkt ist.

Nun ist es aber selbstverständlich und auch nicht mehr als recht und billig, daß ein solches Institut, wenn es auf jedes andere, vielleicht größeren Gewinn versprechende Geschäft verzichtet, zum Erfolge dafür vom Staate Vergünstigungen beansprucht, welche geeignet sind, die Rentabilität des Unternehmens zu fördern.

Die Motivierung zählt nunmehr die im Gesegentwurf enthaltenen, vom Staate zu gewährenden Vergünstigungen auf.

Zur Motivierung der Einlösbarkeit der auf Sicht lautenden verzinslichen Kassenanweisungen an gewissen, zu diesem Behufe zu bestimmenden Staatskassen wird bemerkt, daß diese Anordnung den Verlehrs der in Rede stehenden Kassenanweisungen beträchtlich erleichtern und die Interessen des Handels und der Industrie mächtig fördern werde, zumal wenn — wie zu erwarten steht — unsere vaterländischen Institute gleichfalls dem Beispiele des Staates folgen werden.

Schließlich bemerkt die Motivierung, die Regierung sei der Ansicht, daß das zu errichtende gewaltige neue Geldinstitut, welches nicht berufen ist, den bereits be-

stehenden Concurrenz zu machen, sondern denselben als Hintergrund zu dienen, in unserm kapitalarmen Vaterlande einen großen und segensreichen Einfluß auf den Geldumlauf und dadurch auf das Aufblühen der Industrie und des Handels ausüben werde, — daß somit das Zustandekommen desselben höchst wünschenswerth und die Ausnahmestellung, welche für das Institut in Antrag gebracht wird, eine vollkommen gerechtfertigte sei.“

„Pesti Naplo“ schreibt: „Wir sind überzeugt, daß sich auch in Oesterreich immer mehr die Auffassung Bahn brechen wird, daß die steigende Wohlfahrt Ungarns zur Kräftigung beider Theile der Monarchie dient, und wir sind daher vollkommen damit einverstanden, daß ein Unternehmen, welches unsere Handels- und Industrieinteressen zu fördern berufen ist, mit wiener Kapitalien gegründet wird. Das Institut kann dem Lande wesentlichen und großen Nutzen bieten, ohne daß der Bankfrage nach irgend einer Richtung präjudicirt würde. Unser Creditwesen wird in diesem Institute einen solchen Factor gewinnen, dessen Interessen identisch sind mit denen des Landes. Die Anweisungen und Kassenscheine entsprechen den Anforderungen der größeren Geschäfts- und Industriezweige, und wir zweifeln nicht, daß, sobald der Staat dieselben annimmt, sie auch bei anderen Kassen angenommen werden und so auch in diejenigen Schichten des Publicums übergehen dürften, die auf den Credit zumeist angewiesen sind.“

„Reform“ hat vorerst nur von den Privilegien Kenntnis, welche der ungarische Staat der Escomptebank einräumen würde, und will sich jedes weiteren Urtheils solange enthalten, bis sie weiß, was die Anstalt eigentlich dem Lande bieten würde.

„Szabot Sajto“: Die Erklärungen Kerkapolyis betreffs der Escomptebank seien äußerst zufriedenstellend gewesen, und könne man überzeugt sein, daß Kerkapolyi immer die Interessen Ungarns vertreten werde. Eines sei nur zu bedauern, daß die geplante Bank auf Wechsel kein Geld leihen dürfe, was das Geschäft gewiß solider mache, aber den Geldverkehr erschwere.

„Hon“ ist mit der Vorlage nicht zufrieden. Dieselbe sichere der Bank besondere Vortheile und Privilegien, ohne im entferntesten die Pflichten und die Controle zu umschreiben oder zu sichern. Die Begünstigung, der Bank ihr Privilegium für immer zu geben, sowie jene Bestimmung, daß sie alle Rechte und Begünstigungen, welche in Zukunft anderen Geldinstituten verliehen werden, auch zu erhalten und daß sie die überflüssigen Gelder des Staates verwalten werde, sei in Anbetracht der zu gründenden Nationalbank nicht zu billigen und deshalb unannehmbar. Es wäre überhaupt sehr wünschenswerth, die Statuten der Actiengesellschaft dem Gesegentwurf beizulegen und in letzterem die Pflichten der Bank näher zu umschreiben.

„Ellenör“ ist mit der Erklärung Kerkapolyis sehr zufrieden, indem er versichert habe, die Escomptebank habe mit der Notenbank nichts gemein, wie der Minister überhaupt weder die Sache der selbständigen ungarischen Geldbank, noch die Autorität des Landes in Wien compromittiert habe.

„Magyar Ujsag“ meint, die Escomptebank werde dem zu erreichenden Zwecke und den Bedürfnissen des ungarischen Handels keinesfalls entsprechen; Ungarn benötigte eine selbständige Notenbank, und dürfe man ja nicht meinen, die Escomptebank würde dieselbe überflüssig machen.

Reichsrath.

31. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 27. März.

Präsident Sr. Durchlaucht Fürst Karl Auerperg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 50 Minuten.

Auf der Ministerbank Sr. Durchlaucht Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auerperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister Freih. v. Lasser, Dr. v. Stremayr, Dr. Unger, Freih. de Pretis, Ritter v. Chlumetzky und Oberst Horst.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses übermittelt den in zweiter und dritter Lesung angenommenen Gesegentwurf betreffend die Einschränkung der Competenz der Bezirksgerichte. Dieser Gesegentwurf wird sofort der ersten Lesung unterzogen und zugleich mit den auf der Tagesordnung behufs erster Lesung stehenden Gesegentwürfen betreffend das Bagatell- und Mahnverfahren der juristischen Commission zugewiesen.

Es wird sodin zur Wahl von 15 Mitgliedern in die Eisenbahncommission geschritten.

Hierauf wird der Gesegentwurf betreffend die Veräußerung des unbeweglichen Staatseigenthums in Triest (Berichterstatter Freiherr v. Burg) in Verhandlung gezogen und ohne Debatte in zweiter Lesung genehmigt.

Als nächster Gegenstand folgt die zweite Lesung des Gesegentwurfes betreffend die Abänderung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867.

Berichterstatter Freih. v. Lichtenfels trägt den (bereits von uns mitgetheilten) Commissionsbericht vor.

Die Generaldebatte wird eröffnet.

Als Redner haben sich eintragen lassen: für den Gesegentwurf Fürst Starheimberg, Graf Consolati und Erzbischof Haddmann. Gegen denselben meldet sich Fürst Czartoryski.

Fürst Starheimberg sagt unter anderem: „Schon im Jahre 1870, als ich zum ersten mal in Oesterreich für den Landtag candidirte und mit der Vertretung eines Industrialbezirktes betraut wurde, sprach ich mich für die Wahlreform, für die directen Reichsrathswahlen aus. Die Erfahrung in den darauf folgenden Landtagen wie im Reichsrathe bekräftigte mich in dieser meiner Ansicht, wie dringend nothwendig es ist, die Reichsvertretung von der Willkür und der Abhängigkeit von den Landtagen zu befreien und directe Reichsrathswahlen einzuführen.“

Ich muß sagen, daß ich darin das kräftigste Mittel zu erkennen glaubte, den Constitutionalismus in allen Schichten der Bevölkerung zu befestigen, unsere Verfassung zu sichern und dem Staate jene leider durch ein verkehrte Politik so arg geschädigte Kraft wieder zu geben. Ich erkannte in der Wahlreform einen Theil jenes wichtigen Schildes, welches berufen ist, unsere Verfassung dieses kostbare Gut, gegen alle Angriffe unserer Gegner zu schützen, und sie wird und muß es thun.“

Heiße Wünsche, große Erwartungen knüpfte ich an die Gesetzesvorlage, und ich war klar mit mir, daß sie jedenfalls neues Leben, neue Kraft unserer Verfassung geben werde.“

Graf Consolati: „Als Staatsbürger begrüße ich mit Freuden die vorgelegte Wahlreform, denn seitigt sie auch nicht, wie es meinem Wunsche entspräche hätte, das System der Gruppen, so bietet sie doch allen Bürgern der österreichischen Monarchie die Möglichkeit, sich im Reichsrathe durch Abgeordnete vertreten zu sehen, welche der Ausfluß ihres Willens sind. Es werden nicht mehr zufällige Majoritäten in den Landtagen Einnahmen Ausdruck geben können, die mit jenen der einzelnen Wahlkörper im Gegensatz sind. — Das Erscheinen im Landtage wird nicht mehr eine conditio sine qua non einer Theilnahme an jedweder constitutioneller Leben sein, und es wird somit ein jeder noch in dem Winkel der Monarchie seinen Stein zu dem großen Gebäude des Staates bringen können. Als Bürger des Landes, dem ich durch Geburt sowohl als auch durch eigenes Interesse angehöre, erkläre ich die Wahlreform als das vortheilhafteste Gesetz, welches je erlassen worden ist.“

Obwohl ich an diesem Plage kein Land vertritt, legen mir doch die besonderen Verhältnisse des italienischen Landestheiles von Tirol die Verpflichtung auf, davon zu sprechen. Die Gesinnungen der Majorität dieses Landes sind nicht vertreten worden; man vernahm niemals eine Stimme, die sich erhoben hätte, um die Bestrebungen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung darzulegen. Meine Landsleute wollten, daß dem Reichsrathe, daß der Regierung, der politischen Arbeit überhaupt besser als im tiroler Landtage zu vertheiligen hofften, daß sie streben, im Abgeordnetenhaus ihre Plätze einzunehmen, nicht allein um des Kaisers Rufe zu folgen, sondern auch weil sie ihre politische Fahne darin aufstellen wollten. Meine Mitbürger werden sich von dem Kampfe nicht zurückziehen, sie werden kämpfen, sollten ihre nationalen Rechte, die Interessen ihres Landes, sollten die Verfassung, die Staatsgrundgesetze gefährdet werden.“

Aber obwohl Italiener, so fürchten sie dennoch nicht, das deutsche Uebergewicht, sie wissen sehr gut, daß die deutsche liberale Partei zu gerecht ist, um sie in jenen Bestrebungen nicht zu unterstützen. Sie wissen zu gut, daß die deutsche Nation zu ihrer Größe nicht andere Nationen zu vernichten bedarf. Von Sr. Majestät unserm allergnädigsten Kaiser an diesen ehrenvollen Abtritt berufen, fühle ich die Wichtigkeit der heutigen Abstimmung.“

Aber indem ich bloß diesem Rufe Folge leiste, glaube ich noch nicht meiner Pflicht genügt zu haben. Es ist die Regierung Sr. Majestät des Kaisers, die für alle Völker Oesterreichs, besonders für die Bewohner meines Heimatlandes heilsame Reform vorlegt, eine Reform, von welcher Leben und Tod der Verfassung ja der österreichischen Einheit abhängt.“

Als Unterthan, als Staatsbürger, nehme ich sie in zeugung und aus vollem Gewissen, nehme ich sie in Freuden an.“

Erzbischof Haddmann: „Ich werde mit Vergnügen für die gegenwärtige Gesetzesvorlage der Wahlreform stimmen, und zwar aus zweierlei Gründen.“

Erstens weil der Bevölkerung dadurch ihr natürliches Recht der unmittelbaren Wahl ihrer Reichsrathsabgeordneten zurückgegeben wird, ein Recht, mit welchem manche Landtage gegen den Willen der Bevölkerung oft zu ihrem Nachtheile bisher willkürlich das Gemeinwohl haben, was sie wollten.“

Zum zweiten, weil es aus Rücksicht auf das Heimatland Bukowina und aus Rücksicht auf das benachbarte Land Galizien mein innigster Wunsch ist, daß die gesammte dortige Städte- und Landbevölkerung im Reich und der Centralregierung und allen Landtheilen bleibe, wovon sie allein den Reichstagsheil erwarten.“

Es ist auch bei der allemal getreuen und loyalen Anhänglichkeit der genannten Bevölkerung in diesen Jahren kein Zweifel, daß bei der Stabilität der Verfassung, wenn diese zur rechten Zeit aus Galizien thut, bei der directen Reichsrathswahl der künftigen Bukowina die überwiegende Mehrzahl der künftigen

geordneten verfassungstreue Freunde des Reiches und der Centralregierung bleiben werden.

Dies sind die Gründe, die mich für diese Gesetzesvorlage zu stimmen veranlassen." —

Das Gesetz wird mit 88 Stimmen, also mit 18 Stimmen über die notwendige Zweidrittelmajorität angenommen. Das Gesetz betreffend die Wahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Reichsrathes wird ohne Debatte in zweiter und über Antrag des Hofrathes Dr. Neumann bei der dritten Lesung en bloc angenommen.

79. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 27. März.

Präsident Ritter v. Hopfen eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 45 Minuten.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Dr. Banhans, Dr. Glaser, Freiherr de Pretis, Ritter v. Schumacher.

Se. Exc. der Finanzminister bringt einen Gesetzentwurf über die den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zukommenden Begünstigungen in Ansehung der Stempel- und der unmittelbaren Gebühren ein.

Se. Exc. der Handelsminister legt den Gesetzentwurf vor inbetreff der Bedingungen und Zugeständnisse zur Sicherstellung einer Locomotivseisenbahn a. von Rakonitz über Jednitz an einen geeigneten Punkt der privilegierten pilsener Bahn; b. von Falkenau an die böhmisch-sächsische Grenze bei Grassitz nebst einer die Begründung des Gesetzentwurfes enthaltenden Denkschrift.

Unter den Einläufen befindet sich die Dankadresse der Stadtgemeinde Laibach für die Botierung der Wahlreform durch das hohe Abgeordnetenhaus, überreicht durch Abg. Grafen Thurn.

Die Dankadresse der Stadtgemeinde Laibach wird zur Kenntnis genommen.

Abg. Seidl und Genossen stellen den Antrag, das h. Haus solle beschließen: „Die k. k. Regierung wird aufgefordert, eine das Executionsverfahren beim Verlaufe beweglicher und unbeweglicher Sachen und die Kaufpreisvertheilung regelnde Gesetzesvorlage einzubringen.“

Von demselben Abgeordneten wird folgende an das Gesamtministerium gerichtete Interpellation verlesen:

1. Hat dasselbe noch die Absicht, eine das Militärversorgungswesen regelnde Gesetzesvorlage zur verfassungsmäßigen Behandlung einzubringen, und 2. welche Hindernisse standen der Einbringung dieser Regierungsvorlage in der laufenden Session entgegen?

Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen und über Antrag des Abg. Dr. v. Berger beschlossen, den Gesetzentwurf über die Bedingungen und Zugeständnisse für die Sicherstellung einer Eisenbahn von Wien über Rabersburg an die steirische Grenze einem aus dem ganzen Hause zu wählenden Ausschusse von 11 Mitgliedern;

den Gesetzentwurf über die Herstellung einer Eisenbahn: a. von Rakonitz über Jednitz; b. von Falkenau-Grassitz einem aus dem ganzen Hause zu wählenden Ausschusse von 9 Mitgliedern, endlich

den Gesetzentwurf über die Bewilligung der Aufnahme einer Lotterie-Anleihe für die Landeshauptstadt Laibach dem Finanzausschusse zuzuweisen.

Uebergehend zur Fortsetzung der Verathung über den Gesetzentwurf, womit einige Bestimmungen des Gesetzes über die Einrichtung der politischen Verwaltungsbehörden abgeändert und ergänzt werden, wird zunächst zur Abstimmung über den vom Abg. Dr. Sturm in der gestrigen Sitzung zum § 9 gestellten Beschlusfähigkeit des Hauses abgelehnt und nunmehr die §§ 9 und 10 so wie Titel und Eingang des Gesetzentwurfes nach den Auschussträgen ohne weitere Debatte angenommen und sofort auch der ganze Gesetzentwurf in dritter Lesung genehmigt.

Hierauf wird zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfes über die Herstellung einer Eisenbahn von Divazza nach Pola mit einer Abzweigung nach Rovigno geschritten. Das Gesetz wird auch in dritter Lesung zum Beschluß erhoben. Ebenso wird die vom Ausschusse beantragte Resolution angenommen.

Nächster Gegenstand des Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses, betreffend den Gesetzentwurf über die Geschäftsordnung. Es werden die §§ 1 bis 18, Titel und Eingang des Gesetzes angenommen.

Politische Uebersicht.

Laibach, 30. März.

Der „Pester Lloyd“ veröffentlicht eine Uebersicht des ungarischen Budgets pro 1873. Die Hauptziffern sind folgende: Ordentliche Ausgaben 207,186,572 fl., ordentliche Einnahmen 203,469,405 fl., ordentliches Deficit 3,717,167 fl. 61 kr., außerordentliches Deficit und Ausgaben für Creditoperationen 56,572,398 fl. Außerordentliche und durch Creditoperationen erfolgende Einnahmen mit dem Reste des 30-Millionen-Anlehens und 1872, welcher nach der Deckung der unbezahlten Schulden vom Jahre 1871 und des Deficits von 1872 verbleibt, 45,488,948 fl. Daher noch unbedecktes Deficit

11,083,450 fl. Gesamtes Deficit 14,860,617 fl. —

Der Finanzausschuss des ungarischen Unterhauses verhandelte über den Escomptebank-Gesetzentwurf und brachte folgende Modificationen an: Das Minimum des Actienkapitals beträgt 25 Millionen, kann jedoch auf 50 Millionen erhöht werden. Aus dem Wirkungsbereich des Instituts sind den Kauf und Verkauf von Effecten als Börsenspiel ausgeschlossen. Schon der Besitz von 50 Actien verleiht das Stimmrecht. Dem Institute werden bloß solche Privilegien garantiert, die künftig auch den Depositenbanken verliehen werden, dagegen eventuelle Notenbankprivilegien nicht. Wie „Bon“ erfährt, werden die Actien der ungarischen Escomptebank nicht zur Subscription auf die Börse gelangen, da die am Unternehmen beteiligten Banken selbst die 25 Millionen in barem Gelde einzahlen werden. — Nach „Magyar Politika“ hat Justizminister Pauler Herrn Dr. Stefan Apathy mit der Ausarbeitung der Gesetze über das Wechselrecht und das Wechselverfahren betraut.

Der Entwurf einer deutschen Strafproceßordnung ist nun vom Bundesrath einer Commission von elf deutschen Juristen zur Prüfung überwiesen worden, die im Laufe des April ihre Arbeiten zu beginnen und möglichst zu beschleunigen hat. Zum Präsidenten der Commission ist Dr. Friedberg in Berlin gewählt. — Die Commission des preussischen Herrenhauses zur Verathung der Kirchengesetze hat die Generaldiscussion der Fälligen Vorlagen beendet; der Kultusminister war bei derselben anwesend; die Specialdiscussion hat bereits begonnen; es ist Aussicht auf unveränderte Annahme der Vorlagen. — Das preussische Abgeordnetenhaus hat seine Arbeiten unterbrochen und wird dieselben erst am 19. Mai wieder aufnehmen. Es hat sich als eine Unmöglichkeit herausgestellt, Reichstag und preussische Kammer neben einander tagen zu lassen. — Im Herrenhause werden die Verathungen über die Kirchengesetze nach Ostern beginnen, der Schluß des Landtages dürfte demnach erst Mitte Juni stattfinden. — Der Ueberschuß im preussischen Staatshaushalte beträgt nach dem genauen Rechnungsabschluß für 1872 nicht sieben, sondern siebenundzwanzig Millionen Thaler. — Der Kultusminister hat die Errichtung von Fortbildungsschulen auf dem flachen Lande angeordnet. — Kaiser beabsichtigt in einer Interpellation die Reichsregierung aufzufordern, durch schnelle Revision des Actiengesetzes den unverkennbaren Uebelständen desselben entgegenzutreten.

In der am 27. d. stattgefundenen Sitzung der Nationalversammlung zu Versailles interpelliert Rouvier den Minister des Innern über die Preßverhältnisse in Südfrankreich und sagt, die Regierung gehe strenger gegen die republikanischen als gegen monarchistischen Blätter vor. Minister Goulard antwortet, die Regierung verhalte sich vollkommen unparteiisch; allein das hiesigere Temperament im Süden verlange ein kräftigeres Einschreiten.

In der Sitzung des englischen Oberhauses vom 24. März legte der Marineminister Goschen das Flottenbudget vor. Wir bringen aus demselben die wichtigsten Daten: Die Kosten der Marine im neuen Finanzjahre sind auf 9,362,000 Pfund Sterling veranschlagt — eine Summe, die in Folge der theuren Kohlen- und Eisenpreise und der höheren Löhne den vorjährigen Etat um 340,000 Pfund Sterling übersteigt. Die britische Marine besteht gegenwärtig aus 11 Meeresschwärmen mit 226 Schiffen, von denen 114 Kampfschiffe sind. Von diesen 114 Schiffen sind 23 Panzerfregatten, 31 Corbetten und 60 Schaluppen und Kanonenbriggas. — Im Unterhause erwidert Staatssekretär Enfield auf eine Anfrage Tutors, England könne die spanische Regierung nur als eine provisorische anerkennen, bis die demnächst zusammentretenden constituierenden Cortes über die definitive Regierungsform entschieden haben werden.

Der spanische Minister sind übereingekommen, den Rücktritt ihrer Kollegen Castelar und Acofta nicht zuzulassen. — Die Disciplin in der Armee befestigt sich wieder. — Bei der Wagnahme Ripolls machten die Carlsten 80 Soldaten zu Gefangenen, indem sie dieselben durch Anwendung von Petroleum zwangen, sich zu ergeben. — Der amtlichen „Gaceta“ zufolge ist General Hidalgo zum Generalcapitän der canarischen Inseln ernannt. — Das Decret, welches die Wahlen für die Constituanten ausschreibt, wird demnächst erscheinen. — Die Nachricht über eine angebliche militärische Agitation in Barcelona wird in amtlichen Kreisen dementiert. — Nach einem Reuter'schen Telegramm aus Madrid vom 25. d. M. hätte Fürst Bismarck die Anerkennung der spanischen Republik mit der Begründung verweigert, daß sie nicht in correcter Weise den Willen der Nationalversammlung repräsentiere, sondern derselben durch eine Pression der Massen aufgedrungen sei. Rußland und Oesterreich sollen mitgetheilt haben, daß sie ähnlicher Ansicht seien.

Die Details des abgeschlossenen türkischen Anlehens sind officiell noch nicht bekannt; doch wird unterrichtet, daß der Emissionspreis mit 63 festgesetzt ist. Die Contrahierenden übernehmen bloß drei Millionen auf feste Rechnung und werden den Rest der Anleihe als Syndikat dem Publicum zum Tagescourse offerieren.

Tagesneuigkeiten.

— (Die triester Handelskammer) widmet 10.000 fl. für Errichtung einer wohlthätigen, den Namen der Frau Erzherzogin Gisela tragenden Stiftung zu Gunsten verarmter Handelsagenten und ihrer Witwen und Waisen.

— (In Triest findet die Affentierung) der 1853, 1852 und 1851 gebornen Conscripten am 15., 16., 17., 18., 19. und 21. April in der Marinekaserne beim alten Lazareth statt.

— (50 jähriges Generalsjubiläum.) Feldmarschall Wrangel feierte am 30. d. M. sein 50jähriges Generalsjubiläum, wohl das erste, welches je in Preußen vorgekommen ist. Von Seiten der Generale der Armee wurde beabsichtigt, eine besondere Ehrenfeier für den Jubilar an diesem Tage zu veranstalten, und Kaiser Wilhelm hat sich nun als Generalissimus der Armee vorbehalten, diese Feier selbst in die Hand zu nehmen.

— (Peterspennig.) Nach den Angaben des preussischen Abgeordneten Petri beläuft sich der Peterspennig aus Deutschland in den Jahren von 1864 bis einschließig 1869 auf 71,166.000 Fr., und schwanken die einzelnen Jahresbeiträge zwischen 5,800.000 Franken und 14,160.000 Fr.

— (Die Trichinenkrankheit) herrscht in Magdeburg. Mehr als hundert Personen sind in kurzer Zeit von diesem schrecklichen Uebel befallen worden und einige hievon demselben zum Opfer gefallen. Durch die Nachforschungen der Aerzte ist constatirt, daß die Erkrankten das aus einer und derselben Schlächtere bezogene trichinhaltige Schweinefleisch in rohem oder halbrohem Zustande (zumeist in Würstform) genossen hatten.

Locales.

— (Festschießen.) Wie wir hören, veranstaltet die hiesige Schützengesellschaft aus Anlaß der Vermählung Ihrer kaiserlichen Hoheit der Frau Erzherzogin Gisela am hiesigen Schießstande ein großes Festschießen.

— (Se. Exc. Anton Graf Auerberg) — Anastasius Grün — trat dem krainischen Lehrervereine als unterstützendes Mitglied bei.

— (Von Herrn Anton Förster), Domorganisten in Laibach, erscheinen 6 „Tantum ergo“ für Vocalquartett sammt Orgelbegleitung, weiter 25 Kirchenlieder, 2 große slovenische Messen und „lamentationes“.

— (Ernennungen.) Der Unterlehrer zu Reiznitz Josef Tschoop wurde zum Lehrer in Zwidenberg, die Lehramts Candidatin in Laibach Jeannette Barnas zur provisorischen Unterlehrerin in Guttaring und der Unterlehrer zu Laibach Franz Bobodnit zum provisorischen Lehrer in St. Jakob an der Straße ernannt.

— (Lotterielehen der Stadt Laibach.) Der im Reichsrathe eingebrachte Gesetzentwurf über das bekanntlich mit der Handelsbank abgeschlossene Lotterielehen der Stadt Laibach lautet: „Der Stadt Laibach wird, in Ausnahme von den in Bezug auf die Ausnahme von Privatanlehen mit Partialobligationen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die Contrahierung eines unverzinslichen Lotterielehens im Nominalbetrage von einer Million fünfhunderttausend Gulden in der Art gestattet, daß Theilschuldverschreibungen auf den Ueberbringer lautend, jedoch nicht unter zwanzig Gulden ausgegeben und bei der Rückzahlung mit Prämienverlosung verbunden werden dürfen.“ Für die Gestattung einer unverzinslichen Prämienanleihe wird im Motivenbericht geltend gemacht, daß es der Gemeinde, deren Finanzen thünlichste Schonung erheischen, dabei möglich würde, mit einer Annuität, die nur in einer jährlichen Leistung von 65.000 fl. bestünde, für Verzinsung und Rückzahlung der ganzen Anleihe aufzukommen, während jede andere Modalität mit einem beträchtlich höheren Aufwande verbunden wäre. Dieser Gesichtspunkt, in Verbindung mit der anerkannten Nothwendigkeit und Gemeinnützigkeit der indirect auch dem Staate zugute kommenden Anlehenzwecke, spricht für die Gewährung umsomehr, als auch anderen Städten in den letzten Jahren unter ähnlichen Verhältnissen Lotterielehen bewilligt wurden. Nach dem Landtagsbeschlusse wird übrigens die Anlehenzgebarung sich unter der Controle der Landesvertretung vollziehen.

— (Theaternachricht.) In den heute zur Aufgeführt gelangenden Opernfragmenten werden wir: Fräulein Clementine Eberhardt, Frau Kropp, die Fräulein Erlesbeck, Rosen und Bözile Eberhardt, die Herren Stoll, Kühn, Woloff, Pollat, Ausim, Ribaner, Platt und den ganzen Chor hören; der Benefiziant Herr Gerstner bringt als Zugabe eine Violinsolo-Piece. Jedenfalls haben wir heute einen besonders angenehmen Theaterabend zu erwarten.

— (Die slovenische Bühne) bringt Dienstag den 1. d. das Singspiel „Jamska Ivanka“ von Vilhar zur Aufführung.

— (Das letzte Fastenconcert) in Ehrfelds Casinorestitution war gestern minder zahlreich besucht. Ein recht gut concipiertes musikalisches Blumenbouquet (Potpourri) wurde beifällig begrüßt.

— (Für die waltisch-gleinizer Feuerweh) spendeten seit der letzten Veröffentlichung folgende Herren: Bädermeister Berme 20 fl. in Silber, Bezirkshauptmann Pajl 5 fl., Statthaltereirath Schivighofen 2 fl., L. C. Rudmann 20 fl., Crap 5 fl., Jakob Traven in Gleinitz 3 fl., J. Dimnit in Waltisch 5 fl., Johann Baumgartner 5 fl., W. Bollheim 2 fl., Fr. Rudesch 2 fl., M.

